



**СВЕТСКИ МАКЕДОНСКИ КОНГРЕС®**  
**WORLD MACEDONIAN CONGRESS®**

---

улица "Никола Кљусев" број 5, Пошт.фах 53, МК-1000 Скопје, Македонија  
e-mail: todorwmc@yahoo.com, +389 (0)70 255 735

*On behalf of World Macedonian Congress, Martina Veljanoska*

***Intervention regarding a non legitimated change of the name of the Republic  
of Macedonia***

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 30. September findet in der Republik Mazedonien ein Referendum statt, das in mehrerer Hinsicht gegen fundamentale Menschenrechte verstößt. Unter Bezug auf einen sogenannten Vertrag über die Namensänderung Mazedoniens, den der mazedonische Außenminister Dimitrov ohne Legitimation mit seinem griechischen Amtskollegen Kotzias am 17. Juni 2018 unterzeichnete, soll Mazedonien künftig „Nordmazedonien“ heißen. Einen analogen Vertrag hatte die mazedonische Regierung, die völlig unter ausländischem Einfluss steht und durch eine Art Putsch an die Macht gekommen war, am 1. August 2017 mit dem Bulgarischen Premier abgeschlossen.

Bereits die Formulierung der Referendums-Frage verstößt gegen das rechtsstaatliche Prinzip der Klarheit und Eindeutigkeit staatlicher Dokumente. In einer einzigen Frage soll gleichzeitig über die Namensfrage Mazedoniens wie über die Mitgliedschaft des Landes bei der Europäischen Union und der NATO abgestimmt werden. Beide genannten Einrichtungen, EU und Transatlantisches Militärbündnis, haben großen politischen Druck ausgeübt und unverhohlen mit wirtschaftlicher Schlechterstellung und internationaler Marginalisierung und Isolierung des Landes gedroht. Durch diese illegitime Verknüpfung der Frage einer internationalen Einbindung und der Perspektive einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung mit der Akzeptanz einer faktischen Beseitigung

der kulturellen und historischen Identität Mazedoniens wird das mazedonische Volk de facto erpresst.

Die beschriebenen Vorgänge verstoßen drastisch gegen die fundamentalen Prinzipien der OSZE und zahlreiche wichtige Commitments. U.a. sind die Voraussetzungen eines freien Abstimmungsverfahrens nicht gegeben (Kopenhagen 1990, 5.1.). Die Regierung verstößt gegen die Verpflichtung, im Einklang mit den Gesetzen zu handeln. Der genannte Vertrag ist verfassungswidrig, weil er nicht durch ein verfassungsmäßig autorisiertes Organ unterzeichnet wurde (Kopenhagen 1990, 5.3.).

Die OSZE spricht zu Recht immer wieder von der Bedeutung des kulturellen Erbes (Krakau 1991, Präambel), das prioritär zu schützen ist (Krakau 1991, 14), dessen Authentizität erhalten werden muß (Krakau, 1991, 15). Die Rechte der indigenen Bevölkerung eines Landes sind in ihrer Spezifität besonders zu berücksichtigen (Helsinki 1992, Decision VI.). Der slawisch-sprachigen und sich als Makedonier fühlenden, nicht-hellenischen Bevölkerung wird ein- für alle Male ihre Grundlage und das Recht genommen, die eigene Identität zu bestimmen. (Krakau 1991, 32)

Eine synthetische Betrachtung aller einschlägigen ODIHR-Dokumente ergibt, das jedes Volk das Recht auf Selbstdefinition seiner Identität, die auf Sprache, Abstammung, Geschichte, Kultur, in Verbindung mit einem bestimmten Staatsgebiet, besitzt. Dieses Recht wird durch eine Neu-Definition Mazedoniens verletzt.

Die OSZE verpflichtet ihre Mitgliedsstaaten, „geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen für den Schutz von Personen oder Gruppen, die Androhungen oder Handlungen von Diskriminierungen, Feindseligkeit oder Gewalt aufgrund ihrer rassischen, ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität ausgesetzt sein könnten, ... zu ergreifen.“ (Kopenhagen 1990 40 .2)

Es ist von größter Bedeutung, dass dieser Schutz keineswegs nur für Minderheiten gilt, sondern sehr wohl auch für die kulturelle Überlebensfähigkeit der Mehrheit eines staatlichen Territoriums.

Wir fordern die OSZE mit aller Deutlichkeit auf, dem drohenden kulturellen Genozid mit allen gebotenen Mitteln entgegenzutreten. Dies sollte deutliche Interventionen im Hinblick auf die makedonische Regierung sowie gegenüber den entsprechenden Organen der EU und der NATO beinhalten, die hier ungerechtfertigterweise eine Politik der Einschüchterung betreiben.